



Aarau, 9. Januar 2017
GV 2014 - 2017 / 296

Beantwortung einer Anfrage

Lelia Hunziker (SP), Silvia Dell'Aquila (SP), Gabriela Suter (SP), Susanne Klaus (Grüne), Petra Ohnsorg (Grüne): Verhalten von Schulpflege und Geschäftsleitung Schule Aarau im Vorfeld der Protestkundgebung vom 8. November 2016

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

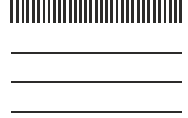
Mit Datum vom 11. November 2016 haben die Wohnerrätinnen Lelia Hunziker, Silvia Dell'Aquila, Gabriela Suter, Susanne Klaus und Petra Ohnsorg (SP und Grüne Aarau) eine "Anfrage zum Verhalten von Schulpflege und Geschäftsleitung Schule Aarau im Vorfeld der Protestkundgebung vom 8. November 2016" eingereicht. Der Stadtrat beantwortet die Anfrage wie folgt:

Frage 1: Was planen der Stadtrat und Schulpflege zu unternehmen, damit sich die Situation verbessert? Ist eine Mediation vorgesehen?

Es ist offensichtlich, dass der Entscheid der Schulführung im Kollegium für Unmut gesorgt hat. So hat die Schulführung bereits vor dem 8. November 2016 beschlossen, das Ganze aufzuarbeiten. Hierfür ist eine Mediation vorgesehen. Diese soll vor den Sportferien 2017 erfolgen. Die Mediation wird mit einer in Schulfragen kompetenten Person durchgeführt.

2. Frage: Hat die Schulpflege, aus Sicht des Stadtrates, ihre Kompetenzen überschritten, indem sie den Lehrpersonen vorschrieb, die SchülerInnen von Aarau Lehrpersonen unterrichten zu lassen, anstatt lediglich für Betreuung zu sorgen?

Die Schulpflege hat ihr Schreiben vom 26. Oktober 2016 dem Departement Bildung Kultur und Sport (DBKS) zur rechtlichen Abklärung unterbreitet. In einer Mail vom 22. November 2016 bestätigt der Rechtsdienst des DBKS der Schulpflege, ihre Kompetenzen nicht überschritten zu haben. Nebst der Anstellung der Lehrpersonen ist die Schulpflege verantwortlich für die Sicherstellung eines ordnungsgemässen Schulbetriebs (§71 Abs. 1 SchulG). Sie konnte ohne weiteres im Sinne eines Grundsatzentscheides verlangen, dass Lehrpersonen unterrichten. Es ist nicht rechtswidrig, wenn eine Arbeitgeberin versucht, seine Arbeitnehmer resp. Lehrpersonen davon zu überzeugen, von einem Streik abzusehen und ihren vertraglichen Verpflichtungen nachzukommen.



3. Frage: Wird es zu Konsequenzen gegenüber Lehrpersonen kommen? Wenn ja, zu welchen?

Es wird zu keinen Konsequenzen gegenüber Lehrpersonen kommen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Stadtrats

Jolanda Urech
Stadtpräsidentin

Stefan Berner
Vize-Stadtschreiber